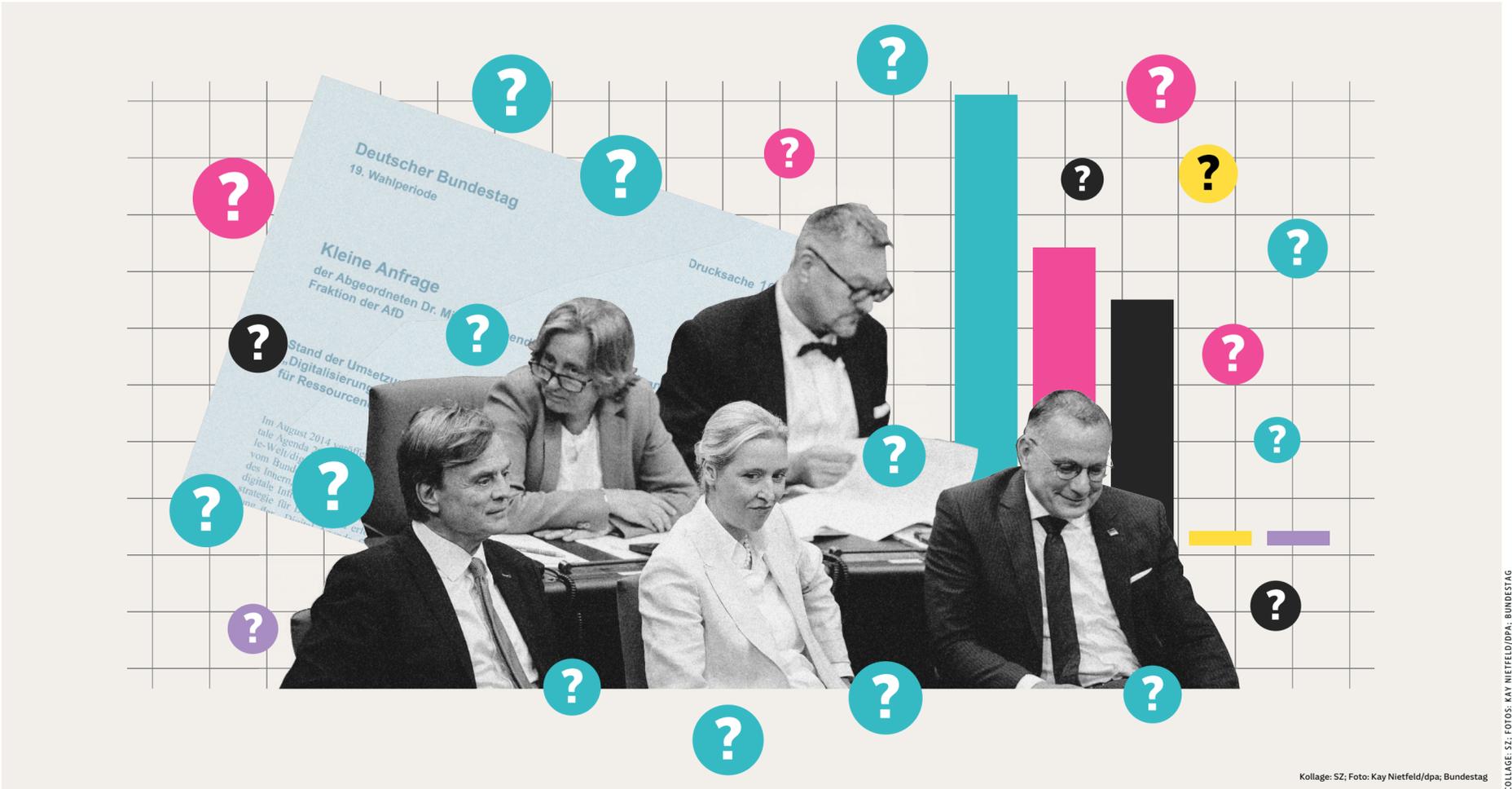


BUNDESTAG

Mit Kleinen Anfragen können Abgeordnete die Regierung dazu zwingen, Auskunft zu allen möglichen Themen zu geben. Dieses demokratische Kontrollinstrument nutzt die AfD besonders oft. Für Diskussionen sorgt auch die Art der Fragestellungen.



Kollage: SZ; Foto: Kay Nietfeld/dpa; Bundestag

COLLAGE: SZ; FOTOS: KAY NIETFELD/DPA; BUNDESTAG

## Fragen über Fragen

Hundertfach verlangt die AfD-Fraktion im Bundestag Antworten zu Themen wie Gewalt durch Ausländer oder die Kosten für Annalena Baerbocks Visagistin. Kritiker werfen der Partei vor, dass sie die Ministerien so gezielt überlasten will.

Von Lisa Nguyen und Joscha F. Westerkamp

Die AfD-Fraktion möchte vieles wissen. Sie wollte wissen, wie viel das Außenministerium für die Visagistin von Annalena Baerbock ausgab. Wie viel das Verteidigungsministerium für Blumensträuße zahlte. Oder wie sich die Gewaltkriminalität am Bremer Hauptbahnhof im vergangenen Jahr entwickelt hat – und wie viele Ausländer dort Messer mitgeführt oder sogar „eingesetzt“ haben.

Um solche Dinge herauszufinden, stellt die AfD Kleine Anfragen. Im Prinzip ist das völlig normal. Die Partei fällt allerdings seit ihrem Einzug in den Bundestag immer wieder damit auf. Nicht nur wegen der Themen, sondern auch wegen der Menge. Schon in den ersten knapp vier Monaten der neuen Legislaturperiode hat die AfD rund 240 Kleine Anfragen an die schwarz-rote Bundesregierung gestellt. Im selben Zeitraum reichte die Linke 60 Anfragen ein, von den Grünen kamen 50.

Innerhalb von zwei Wochen muss die Regierung öffentlich antworten

Die große Zahl der Fragen könnte auf einen besonders großen Wissensdurst der AfD-Abgeordneten hindeuten. Oder aber auf eine gezielte Strategie, um die Regierung zu lähmen. So sehen es jedenfalls die anderen Oppositionsfraktionen.

„Da gibt es Fragen, die eindeutig über das Fragerecht der parlamentarischen Kontrolle hinausgehen“, sagt etwa Christian Görke, bis Ende Juni Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken. Vor Kurzem etwa habe die AfD so detaillierte Angaben über rechtliche Verfahren von Bundesministerien angefragt, dass das im üblichen Rahmen überhaupt nicht zu beantworten gewesen sei. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Irene Mihalic, sieht das ähnlich: „Durch die schiere Masse an Fragen belasten sie die Ministerien.“

Ein Sprecher der Bundesregierung bestätigt auf SZ-Anfrage, der Bearbeitungsaufwand für die Kleinen Anfragen habe in den vergangenen Legislaturperioden merkbar zugenommen. Schließlich würden höchstens bei einzelnen Fragen mal Antworten verweigert.

Eigentlich sind Kleine Anfragen ein äußerst wichtiges Instrument für die Opposition: Mit ihnen können Abgeordnete die Regierung kontrollieren, indem sie sie zur Auskunft zwingen. Diese ist nach der Geschäftsordnung des Bundestags dazu verpflichtet, innerhalb von zwei Wochen öffentlich zu antworten.

Die Antwort kann allerdings länger dauern, denn: Trotz ihres Namens sind der Kleinen Anfrage kaum Grenzen gesetzt. So stellte etwa die Unionsfraktion im Februar eine Kleine Anfrage zur Förderung von NGOs, die mehr als 500 Fragen enthielt. Von der Großen Anfrage unterscheidet sich die Kleine dadurch, dass diese keine Bundestagsdebatte nach sich zieht.

Die Gesamtzahl der Kleinen Anfragen variiert zwischen verschiedenen Legislaturperioden deutlich. Als die AfD von 2017 bis 2021 zum ersten Mal im Bundestag war, brachte sie mit mehr als 3000 Kleinen Anfragen zwar ziemlich viele ein. Von der FDP kamen allerdings sogar noch mehr als von der AfD.

Nachdem dann die FDP mit Grünen und SPD im Dezember 2021 die Ampelregierung gebildet hatte, war die AfD die zweitstärkste Oppositionspartei und die eifrigste Antragstellerin der vergangenen Legislaturperiode. Gleichzeitig ging allerdings die Gesamtzahl der Kleinen Anfragen zurück. So kamen von der AfD noch etwa 2000.

Die Menge allein kann also keinen Missbrauch der Kleinen Anfragen belegen. Sonst könnte ein solcher Verdacht auch gegenüber der FDP aufkommen. Und mehrere Ministerien haben der *Süddeutschen Zeitung* auf Anfrage mitgeteilt, dass die schlichte Anzahl von Anfragen noch nichts darüber aussagt, wie viel Aufwand die Antworten bereiten.

Die Kritiker verweisen neben der hohen Zahl aber auch auf etwas anderes. Anna-Sophie Heinze vom Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung etwa hat sich intensiv mit den Kleinen Anfragen der AfD beschäftigt, allerdings auf der Ebene der Landtage. Hier sei ihr schon früh aufgefallen, „dass manche Anfragen und Anträge durch alle Landesparlamente geistern, teilweise mit den gleichen Tippfehlern.“

Für sie deutet dies darauf hin, dass es der Partei gar nicht immer um die Antworten auf die Kleinen Anfragen geht. Sie will Heinze zufolge vielmehr den Parlamentsverwaltungen gezielt Arbeit bereiten – möglichst bis zur Überlastung. Die Wissenschaftlerin ist überzeugt, dass die AfD hier eine „Strategie der Lahmlegung“ verfolgt.

Was Heinze für die Landtage beobachtet hat, zeigt sich auch im Bundestag. Hier bringt die Partei immer wieder Kleine Anfragen ein, die nicht nur dieselben Themen betreffen, sondern früheren Anfragen auffällig ähneln: Teils sind sie wortgleich formuliert, als seien sie durch Copy und Paste angefertigt worden. Sie unterscheiden

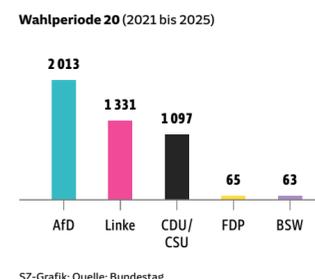
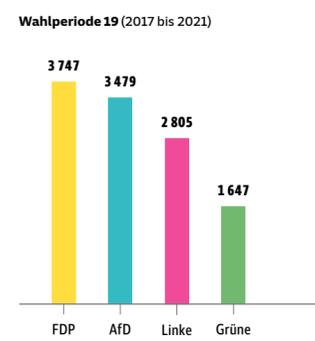
sich vor allem in den Empfängern und Teilen der Titel. Beantworten müssen die Verwaltungen die Fragen aber trotzdem.

Und hier gibt es einen wichtigen Unterschied zu den vielen Kleinen Anfragen, die die FDP im Bundestag eingebracht hat. Diese betrafen ein breiteres Themenspektrum und waren zu einem deutlich größeren Anteil individuell formuliert. Das deutet nicht darauf hin, dass die Liberalen vor allem die Parlamentsverwaltung belasten wollten.

Ein auffälliges Beispiel für die Häufung von Kleinen Anfragen der AfD zu bestimmten Themen sind jene, die „Korrekturbitten“ von Ministerien an Medien betreffen. Gemeint sind damit Richtigstellungen, die Ministerien an Redaktionen senden, wenn man dort der Ansicht ist, in den Medien seien Falschaussagen über die Behörden verbreitet worden.

So stellte die AfD im Juli 2019 eine entsprechende Kleine Anfrage zu solchen Bitten des Bildungsministeriums an die Medien. Sie wollte wissen, wann und aus welchem Grund „Korrekturbitten“ gestellt wurden, wann dafür ein Anwalt bezahlt wurde und was dieser gekostet habe. Innerhalb nur eines Monats folgten etwa 200

### Anzahl der Kleinen Anfragen



SZ-Grafik; Quelle: Bundestag

weitere Anfragen mit Nachfragen zu den „Korrekturbitten“, und zwar inhaltlich fast wortgleich formuliert. Bis jetzt ist die Zahl dieser Anfragen auf etwa 900 angestiegen.

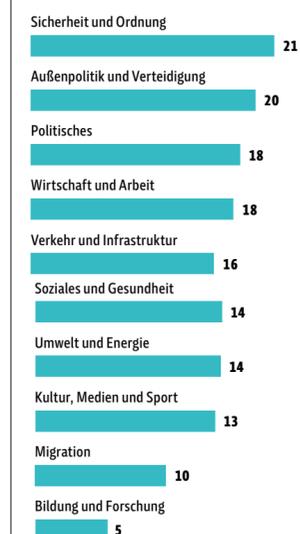
Ein Sprecher der AfD-Fraktion begründete die vielen Anfragen zu den Korrekturbitten auf Nachfrage der *Süddeutschen Zeitung* damit, dass die Bundesregierung „oftmals ungenau und inhaltlich zum Teil gar nicht“ geantwortet habe. Allerdings gingen die erneuten Nachfragen gar nicht auf einzelne, ungenau beantwortete Punkte ein. Sie stellten vielmehr immer dieselben Fragen noch einmal.

Und es gibt weitere Beispiele dafür, wie die AfD Kleine Anfragen zum selben Thema immer wieder einbringt, deren Texte häufig weitestgehend aus vorherigen Anfragen übernommen wurden.

Allein im Oktober und November 2019 stellte die AfD etwa 80 Kleine Anfragen zum Projekt „Digitalisierung gestalten“. Im Dezember 2020 kamen zahlreiche Anfragen zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit – nur in den Bereichen „Wasser, Nahrung und Energie“. Seit Mitte 2024 folgten Dutzende Anfragen zur Kriminalität an verschiedensten deutschen Hauptbahnhöfen aufeinander.

### Themen in den Anfragen der AfD

Von 2021 bis 2025, Anteil in Prozent (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: SZ-Einstellung nach vom Bundestag vergebenen Sachgebieten

Auf Anfrage räumte die AfD ein, es habe in ihrer ersten Legislaturperiode „ein gewisses Übermaß“ an ähnlichen Kleinen Anfragen gegeben. Doch nachdem man das selbst bemerkt habe, sei es „abgestellt“ worden. Stattdessen dienten regelmäßige, fast wortgleiche Kleine Anfragen nun dazu, bestimmte Statistiken abzufragen.

Das ist tatsächlich nicht unüblich. Auch die Abgeordneten der Linken stellen immer wieder ähnliche formulierte Kleine Anfragen. Aber deutlich seltener als die AfD – und deutlich häufiger, um regelmäßig statistische Daten zu erhalten. So fragen sie zum Beispiel in jedem Monat nach der Häufigkeit politisch motivierter Kriminalität (PMK) von rechts, in jedem Quartal will die Linke die Zahl von Neonazi-Aufmärschen erfahren. Auf diese „Regelanfragen“ seien die meisten Ministerien vorbereitet und hätten die Zahlen parat, sagt der ehemalige Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Linken, Görke.

Die AfD-Fraktion selbst betrachtet es als zentrale demokratische Aufgabe, viele Kleine Anfragen zu stellen, erklärt ihr Erster Parlamentarischer Geschäftsführer, Bernd Baumann, auf Anfrage in einer schriftlichen Stellungnahme. Kleine Anfragen seien „das wichtigste Mittel“ zur Kontrolle der Regierung. Wie sehr sie mit den Anfragen ins Detail gehen, würden sie allein vom Sachverhalt abhängig machen.

Sollte die AfD jedoch, wie ihre Kritiker sagen, tatsächlich die Ministerien mit den vielen Anfragen überlasten wollen, bleibt die Frage nach dem Ziel. Politikwissenschaftlerin Heinze ist überzeugt, dass es der AfD darum geht, die repräsentative Demokratie zu delegitimieren. Die vielen Anfragen sollten den Eindruck erwecken, die AfD sei besonders aktiv und engagiert. Die jeweilige Regierung dagegen sei nicht in der Lage, Antworten darauf zu geben. So könne sich die AfD als „einzige demokratische Partei“ präsentieren.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder von der Uni Kassel beobachtet die AfD seit Jahren. Auch er bezweifelt, dass es der Partei allein um die demokratische Kontrolle geht. Er und Heinze sehen hinter dem Vorgehen der Partei noch ein anderes Ziel: „Sie fragen nach Dingen, die im Sinne ihrer radikal nationalistischen extremistischen Position auf den Tisch sollen“, sagt Schroeder. Es sind genau jene Themen, die die AfD auch öffentlich immer wieder anspricht. Fachleute sprechen hier oft vom „Agenda-Setting“.

So fiel in der vergangenen Legislaturperiode jede fünfte Anfrage in den Themenbereich Sicherheit und Ordnung. Weit mehr als 400 Anfragen waren es insgesamt – wobei eine Anfrage auch mehrere Themen betreffen kann.

Fast genauso viele Anfragen betrafen den politischen Verwaltungsapparat. Darunter werden Fragen gefasst, die vor allem auf die Strukturen und Arbeitsweisen von

Ministerien und Behörden gerichtet sind. Ein Beispiel ist die Frage ans Verteidigungsministerium zu den Blumensträußen.

Ebenfalls ein typisches Thema ist Migration. Aus diesem Themenbereich stammen rund zehn Prozent aller AfD-Anfragen.

Für Anna-Sophie Heinze gehört all das zur Strategie der Fraktion im Bundestag, eine besondere Außenwirkung zu erzeugen: „Die AfD nutzt das Parlament als Bühne, um zu provozieren und Material für ihre eigenen Online-Medien und Social-Media-Kanäle zu generieren.“

Aus Sicht der Partei ist das nicht verwerflich, sondern notwendig. „Da die AfD mit ihren Inhalten in den Leitmedien und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nur sehr eingeschränkt vorkommt, sind die Mitglieder des Bundestags der AfD darauf angewiesen, selbst für Öffentlichkeit zu sorgen“, schreibt deren Erster Parlamentarischer Geschäftsführer Baumann.

Durch die schiere Masse werde das wichtige Werkzeug letztlich geschwächt

Linken-Politiker Görke und die Grüne Mihalic warnen, dass die große Zahl der Kleinen Anfragen dieses Werkzeug letztlich schwächen könnte. Wenn der dadurch entstehende höhere Aufwand normal werde, „werden wir irgendwann über die 14-Tage-Frist für die Beantwortung reden müssen“, glaubt Görke. Antworten innerhalb kurzer Zeit wären dann wohl nicht mehr möglich. Die Bundesregierung teilt dazu mit: Durch den steigenden Aufwand würden tatsächlich „immer häufiger Fristverlängerungsbitten erforderlich“. Mihalic befürchtet darüber hinaus, „dass unsere Fragen nur noch schmal beantwortet werden.“

Und Görke sieht ein weiteres Problem: „Es wird dann Schule machen, dass die Bundesregierung sich überall hinter der Begründung einer sogenannten Überkontrolle versteckt.“ Diese Begründung nutzt sie bereits jetzt hin und wieder, um Anfragen abzulehnen. Ein Verfassungsgerichtsurteil stützt sie dabei.

Der Regierungssprecher schreibt dazu: „Das Antwortverhalten der Bundesregierung korrespondiert naturgemäß stets mit den an sie gerichteten Fragestellungen.“ Wie das zu verstehen ist, ist wohl Interpretationssache.